

Redebeitrag zu Mindestlöhnen bei kommunalen Maßnahmen

Mündliche Begründung Wolfgang Richter zu TOP 6.2: Mindestlöhne in Planung, Kalkulation, Vergabe und Ausführung kommunaler Maßnahmen.

Unser Antrag ist bis in den Rat vorgedrungen – Ihre Fraktionen haben ihn in zwei Ausschüssen abgelehnt – Sie werden ihn hier und heute auch ablehnen. Denn Sie wissen in der Problematik nicht weiter und darauf haben Sie nur die Antwort: Weiter so. Die Politik von Merkel und Müntefering in der Nachfolge von Schröder und Fischer hat Arbeitsmarkt und Sozialstaat an die Wand gefahren und da stehen Sie nun: Mit dem Rücken zur Wand. So werden Sie gleich auch wieder "argumentieren".

Es wird Ihnen nicht die Sprache verschlagen haben, was das Institut der Agentur für Arbeit – das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsbildung (IAB) – zu den Wirkungen der Ein-Euro-Jobs gerade eben veröffentlicht hat. Natürlich reizt es mich, Ihnen daraus seitenweise genau das vorzulesen, was Ihnen eine Dortmunder Forschungsgruppe, an der ich beteiligt war und bin, seit Jahr und Tag im Detail dargestellt und erklärt hat. Aber was gelten Ihnen schon Darlegungen eines Marxisten, deren Berechtigung Sie sich ja immer erst ein paar Jahre später bestätigen lassen müssen. Was Ihnen "zu früh" gesagt wird, verteufeln Sie. Was dann später Ihrem Populismus und schon beginnendem Wahlkampf nützt, nehmen Sie und gehen damit hausieren. Gerade ist die Stadt vollgeklebt mit grünem Populismus, der als seinen Erfolg reklamiert, was Sozialforum und die Linken in der Stadt jahrelang erkämpfen mussten. In Berlin wird inzwischen viel über Mindestlöhne geredet, auch hier in den Stadtteilen regen sich Ortsvereine der SPD, vielleicht bewegen Sie sich zu diesem Thema ja etwas schneller.

Was werden Sie zu diesem Antrag sagen? Sie werden noch einige Zeit weiter sagen: Dieser Antrag sei weltfremd und systemfern, weil das große Ganze in Stadt und Land zusammenbreche, wenn Arbeit tariflich bezahlt werde, wenn Mindestlöhne vorgeschrieben und Ein-Euro-Jobs abgeschafft würden. Ich will Sie daran erinnern, dass die soziale Frage hierzulande und anderswo vielfach auf andere Weise behandelt wurde und wird und dabei nichts zusammengebrochen ist und nichts zusammenbricht. Bevor die Ein-Euro-Jobs als Instrument der Arbeitsmarktpolitik erfunden wurden - als welches sie nicht funktionieren, das sagt Ihnen heute das IAB schwarz auf weiß – gab es andere Formen öffentlich geförderter Dienstleistungen und nach ihnen wird es auch andere geben.

Der Hamburger Spitzenkandidat der SPD, Herr Naumann, hat angekündigt, er werde als Oberbürgermeister die Praxis der Ein-Euro-Jobs beenden und wieder zu einer Form der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) zurückkehren bzw. voranschreiten. Viele Gliederungen der Gewerkschaft im Öffentlichen Dienst (verdi) und anderer Gewerkschaften erheben diese und ähnliche Forderungen seit längerem und inzwischen verstärkt. Jeden Montag wird dafür in Dortmund und anderen Städten demonstriert. Es ist eine Schande für die Stadt, die ein "Aktionsprogramm Soziale Stadt Dortmund" beschlossen hat, dass die Montagsdemo polizeilich und juristisch drangsaliert und verfolgt wird. Gegen die Ein-Euro-

Jobs in Deutschland und ähnliche Konstruktionen in den Niederlanden liegen Klagen bei oberen Sozialgerichten vor, deren Erfolgsaussichten gerichtlich bestätigt worden sind – u.a. geht es dabei auch um Europarechtswidrigkeit solcher Art Dienstverpflichtung.

Gegen diesen Antrag werden Sie auch wieder einwenden, der Ein-Euro-Job sei doch der erste Schritt in den ersten Arbeitsmarkt. Ja, alle Untersuchungen sagen, es gebe hier und da so etwas, allerdings sei das dann ein prekärer Job zu Dumpinglöhnen. Zuletzt hat das IAB soeben etwas dazu gesagt, nämlich dass "man mit Ein-Euro-Jobs länger in Hartz IV bleibt als ohne" und "Ein-Euro-Jobs haben einen Einsperreffekt." Nehmen Sie das doch bitte zur Kenntnis und schauen Sie sich die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse, der nichtsozialversicherungspflichtigen, der so genannten "Aufstocker/innen", der 400-Euro-Jobs, der Ich-AGs usw. endlich einmal an. Dortmund gilt mittlerweile als die "heimliche Hauptstadt der Minijobs".

Gegen diesen Antrag werden Sie auch wieder einwenden, die Ein-Euro-Jobs wären das Beste, was den Langzeiterwerbslosen geschähe. Viele bettelten geradezu darum, ihn zu bekommen bzw. ihn zu verlängern, wenn sie ihn haben. Ja – so weit hat es Ihre Politik in diesem reichen kapitalistischen Land gebracht, dass Hunderttausende Menschen so tief in Armut gedrückt wurden, dass sie sich "gerne" zu dem Ein-Euro-Job zwingen lassen. Ja, sie brauchen die 120, 150 oder 180 Euro mehr im Monat zum Überleben und können die 100 Euro im Monat nicht entbehren, die ihnen abgezogen würden, wenn sie den Ein-Euro-Job ablehnten. Nein, diese Menschen sprechen nicht über den Zwang, der ihnen angetan wird. Man muss schon genauer mit ihnen sprechen, um etwas von ihrer Ohnmacht und Scham zu spüren: "Wenn es sein muss, mache ich es - aber bitte nicht da, wo ich wohne". Es gehört auch zu diesem Thema, dass das bestrafende Einbehalten von Transferleistungen massiv zugenommen hat.

Gegen diesen Antrag werden Sie schließlich auch wieder einwenden, das hätte der Rat ja bereits beschlossen, bereits vor einem Jahr. Ja, das war allerdings eine "Soll-Bestimmung" – über ihre Umsetzung hat es bisher keine Rechenschaft gegeben. Aber die Berichte über Outsourcing von Betriebsteilen zugunsten von Abschlüssen untertariflicher Verträge und Löhne, von illegaler Praxis zu schweigen, und die Berichte über den irregulären Einsatz von Ein-Euro-Jobs haben rapide zugenommen. Was der Rat vor einem Jahr beschlossen hatte, war spät genug ein Anfang, wir hatten daran mitgewirkt und zugestimmt – heute wissen wir, es muss genauer reguliert werden.

Lassen Sie mich zum Kern kommen, zu dem, was Sie gegen diesen Antrag nicht einwenden werden und was den eigentlichen Zweck von Dumpinglöhnen und Ein-Euro-Jobs unterhalb aller moralisierenden Phrasen ausmacht. Es geht um's Geld und die Bilanzen. Darüber spricht man nicht. Darüber machen weder die Vorstände kommunaler Konzerne und ihrer Töchter, noch die Geschäftsführungen sozialer Vereinigungen und sozialgewerblicher Unternehmen Aussagen in der Öffentlichkeit. Überall hier wird inzwischen Arbeitskraft unterbezahlt und unbezahlt eingesetzt und ausgenutzt. Über diesen Sachverhalt schweigt man nicht nur traditionell gern, sondern auch deshalb, weil nicht einmal die Hartz-Gesetzgebung erlaubt,

was hier ständig geschieht – das Verdrängen regulär tarifierter Arbeit im öffentlichen und im privaten Sektor und der Versuch, kommunale und kommunalgewerbliche, soziale und sozialgewerbliche Bilanzen zu sanieren mit Hilfe von Untertarifierung und mit Hilfe erzwungener Dienstleistung. Sie haben das jetzt wieder schriftlich und zwar hochoffiziell, quasi amtlich.

Nebenbei: Weil es um's Geld und das Aufhübschen der Bilanzen vor Ort durch zusätzliche Bundesmittel geht, haben Sie in diesem Sektor Strukturen aufgebaut, Konsensrunden, Beiräte usw. eingerichtet, die an Geheimbünde erinnern statt an öffentliche Organe. Es war kein Zufall, dass mein Antrag, für die neu gegründete Fraktion "Die Linken im Rat" in das Gremium aufgenommen zu werden, das die Fraktionen "informell beteiligen" soll, erschrocken zurückgewiesen wurde – das Protokoll vermerkt für den Sprecher der grünen Fraktion "kategorisch". Wo die Verteilung von geldwerten Maßnahmen, öffentlichen Subventionen und Arbeitserzwingungen organisiert wird, soll unbestechliche Kritik sowenig dabei sein wie Öffentlichkeit, von einer Vertretung der entrechteten Betroffenen ganz zu schweigen.

Hartz IV hatte zu Jahresbeginn Geburtstag – in den vergangenen drei Jahren wurde experimentiert, wie der politisch und ökonomisch inzwischen heruntergekommene Sozialstaat durch ein System ersetzt werden kann, in dem wenigstens die Transferleistungen rekaptalisiert werden können. Dazu müssen die als nicht renditeträchtig aussortierten Menschen dienstverpflichtet werden - umso besser, wenn dabei unabweisbare öffentliche Verpflichtungen gegenüber Armut, Elend und Not quasi umsonst erbracht werden können. Es gibt noch kein deutsches Wort für das neue System – international wird es "Workfare State" genannt.

Der Systemwechsel wird nicht nur irgendwo in der Ferne von Ihren Parteifreunden in SPDCDUGrünFDP gemacht – Sie selbst sind vor Ort beteiligt, in den unnachahmlichen Worten des Herrn Oberbürgermeisters – "wir setzen das im Schweinsgalopp um!" Darin leuchtet aber auch die Alternative auf: "Wir machen diese Schweinerei nicht länger mit". Dazu bietet Ihnen unser Vorschlag die Gelegenheit – erfüllen Sie den im Rat beschlossenen "Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund" mit Leben und kommen Sie nicht erst wieder in ein paar Jahren damit an. Stimmen Sie der Beschlussvorlage der Fraktion "Die Linken im Rat" heute zu.